

WAHLPROGRAMM 2009
Zeit für den
RHEIN-KREIS NEUSS

**ZEIT FÜR
VERÄNDERUNG.**

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
die Wahl zum Kreistag findet in einer Zeit statt, die durch eine Krise der ganz neuen Art geprägt ist: Eine Klima-, Finanz-, Struktur- und Ressourcenkrise zugleich, die nicht nur das Klima zerstört und uns die Lebensgrundlagen entzieht, sondern die auch die Spaltung der Gesellschaft beschleunigt und neue Armut schafft. Eine Krise, die auch den waldarmen Klimakiller-Kreis in seinen wirtschaftlichen Fundamenten erschüttert.

Deshalb stellt sich für *BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN!* die Frage:
Was kann die Kreispolitik mit ihren Mitteln tun, um einen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten und um den Rhein-Kreis Neuss gleichzeitig zukunftsfähig und „krisenfest“ im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu machen?

Antworten auf diese Frage legen *BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN!* in diesem Programm für die nächsten fünf Jahre vor. Es sind „grüne“ Antworten, die Umwelt, Wirtschaft, Soziales und demokratische Beteiligung als Einheit begreifen. Es sind „grüne“ Antworten, die auf Veränderung setzen, um damit die Lebensqualität der Menschen im Rhein-Kreis Neuss zu verbessern.

Eine positive Veränderung kommt jedoch nicht, wenn alles beim Alten bleibt, wenn die verkrusteten Strukturen weiterhin durch absolute Mehrheiten zementiert werden. Natürlich wollen wir Grüne in einer politischen Mehrheit gestalten und die Kreispolitik verändern. Vorrang haben für uns grüne Inhalte. Sie sind die Richtschnur für unser politisches Handeln.

Wir GRÜNE zeigen mit unserem Programm, wie sich der Rhein-Kreis Neuss entwickeln muss, damit er zukunftsorientiert wird und die Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, sind dazu aufgerufen, uns mit der Umsetzung dieser Ziele zu beauftragen, uns kritisch dabei zu begleiten und Ihre Ideen selbst mit einzubringen.

Deshalb bitten wir Sie:

Wählen Sie am 30. August 2009 die Partei, die die Lebensgrundlagen schützt und nachhaltige Entwicklungen einleitet, die Solidarität und Gerechtigkeit fördert und Freiheitsrechte verteidigt.

Wählen Sie am 30. August *BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN!*

Angela Stein-Ulrich
(Sprecherin des Kreisvorstandes)
Ingo Kolmorgen
(Sprecher des Kreisvorstandes)

Susanne Stephan-Gellrich
(Spitzenkandidatin)
Erhard Demmer
(Spitzenkandidat)

Schützen, wovon wir leben

Nach wie vor werden Gewässer, Luft und Böden auch im Rhein-Kreis Neuss mit zahlreichen Schadstoffen belastet; Flächen werden weiter versiegelt und systematisch überdüngt. Die Lärmbelastung nimmt zu und Tier- und Pflanzenarten sind in ihrer Existenz bedroht. Für uns Grüne bleibt es daher dabei: Wir haben die Welt von unseren Kindern nur geborgt.

Der Schutz der Natur und ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen hat für uns weiterhin hohe Priorität. Für die zukunftsfähige Entwicklung unseres Kreises dürfen Wirtschaftsinteressen nicht länger gegen Umweltbelange ausgespielt werden. Beides sind zwei Seiten einer Medaille.

Durch Schadstoffeinträge in die Umwelt erkranken auch im Rhein-Kreis Neuss viele sensible Menschen, sie leiden etwa an Allergien. Die Kumulation von Schadstoffen macht es fast unmöglich, Auslöser in einen nachweisbaren Zusammenhang zu bringen. Der Schutz der Artenvielfalt beginnt nach unserer Auffassung vor der eigenen Haustür. So müssen die Lebensgrundlagen für heimische Arten erhalten und für bereits gefährdete Tier- und Pflanzenarten verbessert werden.

Es ist Zeit für Veränderung: Grüne Umweltpolitik nimmt die Feinstaub- und Schadstoffbelastung am hiesigen Energiestandort ernst.

Den vorhandenen Luftreinehalteplan gilt es auf seine Wirksamkeit zu überprüfen und ggf. anzupassen.



Wir treten für eine gentechnikfreie und Ressourcen schonende umweltfreundliche Landwirtschaft ein.

Mit einer umfassenden Kreislaufwirtschaft wollen wir konsequent Abfall vermeiden und Stoffe verstärkt wiederverwerten.

Der fortschreitende Flächenverbrauch muss im Kreisgebiet gestoppt werden.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

► Den Ausbau der umweltmedizinischen Wirkungsforschung an Orten mit hoher Luftbelastung im Kreisgebiet einfordern und die Belastung reduzieren.

► Gemeinsam mit Landwirten, Kommunen und Grundeigentümern eine Kampagne „Rhein-Kreis ohne Gentechnik“ initiieren.

► Für den Erhalt der Fließgewässer und die Renaturierung der Erft streiten.

► Den vorgesehenen großflächigen „Unter-Glas-Anbau“ ablehnen.

► Uns für den Landschafts- und Tierschutz, u.a. mit Sicherungssystemen und Tunneln für Kröten und Amphibien an Kreisstraßen einsetzen.

Ernst machen mit dem Klimaschutz

Alle maßgeblichen WissenschaftlerInnen sind sich einig: Der Klimawandel findet längst statt. Hauptursache dafür ist der enorme Anstieg der Kohlendioxid-(CO₂)-Emissionen.

Auch wir im Rhein-Kreis Neuss sind von den Klimaveränderungen betroffen. Gleichzeitig ist unser Kreis aber auch ein bedeutender Standort für die Energieproduktion.

Im „Braunkohlerevier West“ soll an den Kraftwerksstandorten auch in den nächsten fünf Jahrzehnten Braunkohle abgebaut und verbrannt werden.

Dabei setzt gerade dieser Energieträger pro erzeugte Kilowattstunde Strom am meisten CO₂ frei. Braunkohle ist damit der mit Abstand Klima schädlichste konventionelle Energieträger, seine Gewinnung verändert die natürliche Landschaft, seine Verbrennung führt auch zu weiteren Luftverschmutzungen (Quecksilber, Schwefel, Feinstaub etc.).

Auch moderne Braunkohlekraftwerke sind nicht effizient. Rund die Hälfte der eingesetzten Energie wird als Abwärme ungenutzt in die Luft geblasen.

Es ist daher in vielfacher Weise verantwortungslos, sich im Rahmen des Energiepaktes zur Braunkohle zu bekennen und die Verantwortung für die zukünftige Energiepolitik zu großen Teilen dem RWE-Konzern anzuvertrauen. Zusammen mit den drei anderen großen Energiekonzernen E.ON, Vattenfall Europe und EnBW kontrolliert RWE über 80% der Stromerzeugungskapazitäten und sämtliche Übertragungsnetze. Sie bestimmen die Preise, sind für die klimaschädliche In-Effizienz verantwortlich und machen damit dicke Gewinne. Als BürgerInnen zahlen wir die Zeche, ökologisch und finanziell.

Es ist Zeit für Veränderung: Grüne Energiepolitik im Rhein-Kreis Neuss setzt auf Erneuerbare Energien und Kraftwärme-Koppelung, stärkt dezentrale Strukturen und berücksichtigt stärker die sozialen Bedürfnisse der Energieverbraucher. Bis 2020 wird der Klimaschutz zudem weit mehr Jobs schaffen, als dadurch anderswo verloren gehen - in Zahlen: 500.000 in Deutschland.



In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Unter dem Motto „Energie aus der Biotonne“ kreisweit Biogas aus Grünabfällen gewinnen und in dezentralen Blockheizkraftwerken zur Strom- und Wärmeproduktion nutzen.
- ▶ Bürgerschaftliche Initiativen zum Ausbau der erneuerbaren Energien starten und unterstützen.
- ▶ Klimafreundliche Gebäudestandards festlegen und die energetische Sanierung von Gebäuden in Trägerschaft des Kreises weiterführen.
- ▶ Dafür sorgen, dass einkommensschwache Haushalte kostenlos in Energiefragen beraten werden.

Gemeinsam für alle

Die Überschrift der GRÜNEN Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Rhein-Kreis Neuss lautet: Integration, Solidarität und Selbstbestimmung. Die GRÜNEN wollen deshalb, dass alle BürgerInnen im Rhein-Kreis Neuss gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Bildung und davon, welcher gesellschaftlichen Gruppe sie angehören.

Jede/r BürgerIn soll ein selbstverantwortungsvolles Leben ohne Armut führen können.

Dazu gehört, dass der Rhein-Kreis Neuss weiterhin eine zentrale Verantwortung für die Beschäftigungsförderung übernimmt und diese noch weiter ausbaut.

Wir GRÜNEN treten dafür ein, dass allen Erwerbslosen der Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten bleibt. Vorrang bei allen Aktivitäten muss die Vermittlung in existenzsichernde Beschäftigung haben. Instrumente dazu sind Qualifizierung, angeleitete gemeinwohlorientierte Beschäftigung und kulturelle Teilhabe.

Der Bund hat die Aufgaben nach dem SGB II auf die ARGE, an der der Rhein-Kreis Neuss beteiligt ist, übertragen. Damit hat dieser erhebliche Verantwortung, aber auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeitsmarktpolitik übernommen.

Dieser Verantwortung muss der Rhein-Kreis Neuss in Abstimmung mit den Kommunen auch in Zukunft gerecht werden und die Möglichkeiten einer aktiven Arbeitsmarktpolitik nutzen.

Es ist Zeit für Veränderung: Wir wollen die Erwerbslosigkeit und somit auch die Armut in unserem Kreis bekämpfen. Es reicht nicht, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Arbeits- und Sozialpolitik nur dort aktiv ist, wo er dazu durch Gesetze gezwungen wird.

Soziale Verantwortung setzt nicht erst bei Pflichtleistungen an – Sozialpolitik in der Kommune muss freiwillige Leistungen umfassen, die dazu beitragen, ein soziales Netz zu erhalten, von dem alle BürgerInnen profitieren. Deshalb wollen wir auch die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement – etwa durch Tauschbörsen - stärken und fördern.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

▶ Die vorhandenen Beschäftigungsgesellschaften mit dem Ziel unterstützen und ausbauen, Langzeiterwerbslose besser in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren.

▶ Durchsetzen, dass die Kreisverwaltung die fehlenden Kosten für den Erhalt der einzigen unabhängigen Arbeitslosenberatungsstelle im Kreisgebiet übernimmt.

▶ Die SchuldnerInnenberatungsstellen im Rhein-Kreis Neuss stärker gefördert sehen, damit sich die Wartezeiten auf Hilfe verkürzen.

▶ Uns für die Einführung eines Sozialtickets einsetzen.

▶ Ermäßigten Eintritt für Einkommensschwache bei allen sportlichen und kulturellen Angeboten und Veranstaltungen durchsetzen.

▶ Uns für einen Armuts- und Reichtumsbericht im zweijährigen Turnus einsetzen.

Die Wirtschaft von morgen ist grün

Lange, schon zu lange, hält die politische Mehrheit im Rhein-Kreis Neuss an der „Dinosaurier-Industrie“ (Braunkohleverstromung) fest, sie verhindert damit den notwendigen Strukturwandel. Die Folgen sind nicht nur ein stetiger Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch eine fortschreitende Klimaschädigung und eine zunehmende Abhängigkeit von dem globalen Energieriesen RWE.

Die bestehende Wirtschaftsförderungspolitik im Rhein-Kreis Neuss orientiert sich an den Vorgaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) und erschöpft sich im Wesentlichen in einem stark exportorientierten, willkürlichen globalen Aktionismus.

Sie kündigt Branchenbünde an und die Verknüpfung mit Hochschulforschung, bleibt aber den Beweis der praktischen Umsetzung schuldig. Sie redet von Entwicklungskonzepten und meint ein Sammelsurium von unkoordinierten Einzelmaßnahmen.

Es ist Zeit für Veränderung: Grüne Wirtschaftsförderungspolitik im Rhein-Kreis Neuss will besonders die Unternehmen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, im Sinne eines neuen sozialen und ökologischen Gesellschaftsvertrages (Grüner New Deal) unterstützen. Sie will durch bessere regionale Koordination einen Verbund von mehreren Betrieben (Cluster-Bildung) erreichen, die Anbindung an Forschungseinrichtungen begründen bzw. verstärken und die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen intensivieren.

Grüne Wirtschaftspolitik unterstützt in besonderer Weise innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU), auch von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Hier entstehen nach wie vor die meisten Arbeitsplätze. Wirtschaftspolitik im Rhein-Kreis Neuss muss sich als Dienstleister verstehen, der die Programme des Landes NRW, des Bundes und der EU aufnimmt und den Unternehmen vermittelt. Bei den öffentlichen Vergaben sind soziale und ökologische Standards zu berücksichtigen.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Die Bestandsförderung der innovativen kleinen und mittleren Unternehmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen - mit Schwerpunkt Europäischer Binnenmarkt - in den Vordergrund stellen.
- ▶ Unternehmen beim Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze, auch solche durch Existenzgründungen, unterstützen.
- ▶ Die Kontakte zu den Forschungseinrichtungen (Hochschulen und Institute) im weiteren regionalen Umkreis auf eine feste Grundlage stellen.
- ▶ Eine zukunftsorientierte und den Standortpotenzialen angemessene Clusterbildung, z.B. ökologische Logistik, fördern.
- ▶ Die Qualifizierungspotenziale der Unternehmen, insbesondere das lebenslange Lernen von Beschäftigten und Arbeitslosen, durch ein ausgebautes System der lokalen und regionalen Aus- und Weiterbildung sowie Nach-Qualifizierung, unterstützen.
- ▶ Betriebe und Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, auszeichnen.
- ▶ Eine Strukturkonferenz durchführen, die mit wissenschaftlicher Hilfe Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung im Rhein-Kreis Neuss und in der Region aufzeigt und in ein Entwicklungskonzept integriert.

Bildung für alle

Der Rhein-Kreis Neuss ist für die Berufskollegs, die Förderschulen und die Ersatzschulen in katholischer Trägerschaft zuständig. Berufskollegs bieten vielfältige Möglichkeiten, Bildungslaufbahnen zu beschreiten. Ihr Ausbau im Rhein-Kreis Neuss folgt in der Regel keinem Plan, sondern er bedient die Wünsche der Schulen nach quantitativen Aspekten.

Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss versuchen gute Arbeit zu leisten. Sie können jedoch aufgrund ihrer Voraussetzungen (90 Prozent der SchülerInnen stammen aus armen und unterprivilegierten und/oder Migrationsfamilien) nicht verhindern, dass um die 80 Prozent aller Schulabgänger die Förderschule ohne einen qualifizierenden Abschluss verlassen.

Auch ist der Anteil der Kinder mit einer Behinderung, die in einer staatlich getragenen allgemeinbildenden Schule (Regelschule) unterrichtet werden, gering.

Nach wie vor bleiben viele Jugendliche, insbesondere die ohne Abschluss und „Alt“-BewerberInnen, zum Beginn eines neuen Ausbildungsjahres ohne Lehrstelle.

Auf der anderen Seite werden die Ersatzschulen in katholischer Trägerschaft insgesamt besser ausgestattet als die öffentlichen Schulen des Kreises. Hier wird eine Klientelpolitik betrieben, die ihresgleichen sucht. Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung (Konnextätsprinzip) gehören für uns Grüne aber auch hier zusammen.

Es ist Zeit für Veränderung: Als Grüne treten wir für die Verankerung nachhaltiger Bildungsinhalte ein. Zukünftig muss mehr als bisher darauf geachtet werden, dass bestehende und neu einzurichtende Bildungsgänge auf zukunftsfähige Arbeitsplätze vorbereiten. Die von uns GRÜNEN beantragte Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Berufe, die sich mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien befassen, ist dazu nur



ein erster Schritt. GRÜNE treten dafür ein, Bildung inklusiv zu gestalten. Das heißt für den Schulbereich: Alle Kinder werden gemeinsam in einer Schule für alle unterrichtet. Zentrales Ziel Grüner Politik ist, dass jede/r Ausbildungsplatzsuchende eine Lehrstelle finden können muss, die den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Eine kommunal-regionale Bildungsplanungskonferenz durchführen, die die Schwerpunkte der Berufskollegs nach inhaltlichen Kriterien ausbaut.
- ▶ Regionale und landesweite Initiativen, wie aktuell etwa die landesweite Kampagne "Schule der Zukunft", aktiv unterstützen und die Schulen im Kreisgebiet zur Beteiligung ermuntern.
- ▶ Modellprojekte so einrichten, dass Kinder mit Behinderungen an Regelschulen gemeinsam beschult werden können.
- ▶ Maßnahmen für eine frühe und praxisnahe Berufsorientierung und Begleitung beim Übergang zwischen Schule und Beruf sowie eine passgenaue Berufsvorbereitung, unterstützen.
- ▶ Den Kreisanteil der zu 99% aus öffentlichen Mitteln finanzierten katholischen Ersatzschulen auf die Kommunen umschichten, aus denen die Schüler dieser Schulen kommen.

Kinder sind unsere Zukunft

Für uns GRÜNE ist Familie überall da, wo Kinder sind. Wir fördern Kinder und Jugendliche in vielfältigen Familienformen. Das kann die klassische Familie mit Vater, Mutter und Kindern sein. Familie sind aber genauso Alleinerziehende mit Kindern, Adoptiv- oder Pflegefamilien und gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern. Ein hoher Anteil im Rhein-Kreis Neuss sind Alleinerziehende, auch deshalb besteht ein besonderer Bedarf an ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten - auch für Kinder über 6 Jahren.

Es fehlen immer noch Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren. Nicht nur der Quantität, sondern auch der Qualität der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen muss unser Augenmerk gelten. Mitarbeitende in den Sozialverwaltungen müssen für die besondere Situation von Frauen mit Gewalterfahrungen, mit Migrationshintergrund und mit Behinderung sensibilisiert und geschult werden. Eine zeitnahe finanzielle Hilfe für Frauen nach der Trennung muss gewährleistet sein.

Es ist Zeit für Veränderung: Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, wie Schaffung, Stärkung und Ausbau von Einrichtungen und Initiativen für Familien und Alleinerziehende.

Wir wollen, dass die „vererbte“ Armut durchbrochen wird durch individuelle Förderung von Kindern aus einkommensschwachen Familien.

Wir wollen ausreichende Hilfen für Familien, Kinder und Jugendliche in Problemlagen. Dazu müssen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote sozial-räumlich organisiert, miteinander vernetzt und Lücken in der Angebotsstruktur geschlossen werden.



In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

▶ Ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige und mehr flexible und verlässliche Betreuungsangebote für alle Altersgruppen erreichen.

▶ Eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung von Tagesmüttern ausbauen.

▶ Bei allen bau- und verkehrspolitischen Vorhaben im Rhein-Kreis Neuss eine konsequente Prüfung auf Kinderfreundlichkeit durchsetzen.

▶ Die Präventions- und Hilfsangebote des Kreises für Familien besser bekannt machen und die Zugänge - gerade auch für sozial Benachteiligte und Menschen mit Migrationshintergrund - erleichtern.

Gesellschaftlichen Wandel gestalten

Für uns GRÜNE ist das wichtigste Ziel, der älteren Generation ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es der rechtzeitigen und umfassenden Beratung ebenso wie der Schaffung oder Erhaltung einer für alte Menschen erreichbaren Infrastruktur.

Dazu gehören Beratungseinrichtungen und Anlaufstellen sowie die Möglichkeit, eine angemessene Wohnform zu finden. Hierbei müssen die Wünsche der BewohnerInnen im Vordergrund stehen.

Wir wollen, dass die Menschen in ihrem angestammten Umfeld bleiben können.

Die Selbstversorgung muss durch kurze Wege und eine gute pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Ein wesentlicher Beitrag hierzu sollte die Stärkung des selbstständigen Wohnens mit niederschweligen Betreuungsangeboten und einer Versorgungssicherheit bieten, die im Verhältnis zu der Unterbringung von älteren und pflegebedürftigen Menschen in Wohn- und Pflegeheimen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität bietet.

Zum einen wird hiermit den Bedürfnissen der Menschen nach einem selbstbestimmten Wohnen im Alter Rechnung getragen. Zum anderen kann - wie eine Studie zum Kostenvergleich von ambulanten und stationären Wohn- und Pflegeformen feststellt - bei etwa gleichem Mitteleinsatz im ambulanten Wohnen erheblich mehr Pflege, Unterstützung und Begleitung für eine pflegebedürftige Person geboten werden: Altenwohnungen, Mehr-Generationen-Häuser, Hausgemeinschaften oder auch kleinere Heime in der Nachbarschaft.



Es ist Zeit für Veränderung:

Selbstbestimmt und würdevoll leben im Alter – bezogen auf Lebens- und Wohnformen ist unser Hauptziel.

Wir wollen unsere älteren BürgerInnen stärker in das kommunale Geschehen integrieren.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Sofort eine Projektgruppe zum Thema "Folgen des demografischen Wandels für unseren Kreis" einsetzen.
- ▶ Neue Wohnformen für "Jung und Alt" fördern.
- ▶ Angebote zur Qualifizierung und Entlastung pflegender Angehöriger ausbauen, z.B. Seminare für pflegende Angehörige zur Erleichterung ihrer Arbeit einrichten.
- ▶ Dafür sorgen, dass Menschen, denen nach einem Krankenhausaufenthalt Wohnungslosigkeit droht, sofort eine Unterstützung bekommen.
- ▶ Konzepte für zielgerichtete Hilfen für ältere MigrantInnen erarbeiten.

Fit für morgen

Die Gesundheitspolitik im Rhein-Kreis Neuss verfolgt keine klare Konzeption, sie ist teilweise selektiv ausgerichtet. Große Defizite sehen wir in unserem Kreis vor allem bei der Berücksichtigung der Gesundheitsbelange von Frauen und von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Bei der Bewirtschaftung des Gesundheitsbereichs müssen die Interessen von PatientInnen und Beschäftigten stärker berücksichtigt werden.

Aufgrund der Gesundheitsreformen der letzten Jahre besteht keine bedarfsgerechte medizinische und ganzheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen mehr, so dass diese in sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen besser integriert und mehr gefördert werden müssen. Wir sprechen uns daher für ein selbstverständliches und umfassendes Mitspracherecht von Menschen mit Behinderungen im Rhein-Kreis Neuss aus.

Die Barrierefreiheit muss generell gewährleistet sein.

Als GRÜNE sind wir uns der großen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports – insbesondere für die Gesundheitsförderung und Integration – bewusst. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei dem nicht wettkampfmäßig betriebenen Sport (Breitensport), der im Rhein-Kreis Neuss weiter gestärkt und ausgebaut werden muss. Zusammen mit Vereinen und Verbänden wollen wir die sportlichen Teilhabemöglichkeiten im Rhein-Kreis Neuss deutlich verbessern.

Eine entsprechende Kampagne soll dabei insbesondere die Interessen von Einkommenschwachen, von Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Blick nehmen.

Es ist Zeit für Veränderung:

Sowohl in der Gesundheits- als auch in der Sportpolitik verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen mit ihren individuellen und spezifischen Bedürfnissen. Die Stärkung und bessere Vernetzung von präventiven Konzepten in allen Gesundheitsbereichen ist dringend geboten.



In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Eine bessere medizinische Versorgung von Wohnungslosen und Nichtversicherten erreichen.
- ▶ Spezielle Gesundheitstage für Frauen und für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte veranstalten.
- ▶ Für eine Vollzeitstelle eines Street-Workers in der AIDS-Prävention streiten.
- ▶ Die Einrichtung eines Behindertenbeirats erreichen.
- ▶ Die psychosoziale Beratung und die Suchtberatung ausbauen.
- ▶ Mit Vereinen und Verbänden unter dem Motto „Gemeinsam in Bewegung“ die sportlichen Teilhabemöglichkeiten stärken.

Mobilität geht anders

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist eine Grundbedingung individueller Entfaltung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe. Allerdings beeinträchtigt der motorisierte Verkehr die Lebensqualität auch im Rhein-Kreis Neuss. Er produziert Lärm, Staus und Umweltschäden, macht krank, verursacht Jahr für Jahr eine inakzeptable Zahl an Verkehrsopfern und trägt zu den Klimaveränderungen bei.

Besonders vordringliche Probleme im Rhein-Kreis Neuss sind der wachsende Flugverkehr, der „explodierende“ Gütertransport per LKW und der trotz - oder gerade wegen - neuer Straßen zunehmende PKW-Verkehr.

Auf der anderen Seite werden andere Verkehrsmittel vernachlässigt. Seit mehr als 10 Jahren sind die Qualitätsprobleme auf den Nahverkehrsstrecken (RB38, S8, S11) bekannt, ohne dass der Rhein-Kreis Neuss nennenswerte Verbesserungen erreicht hat.

Auch die Fahrradwegeplanung kommt nur zögerlich voran, sinnvolle und notwendige Lückenschlüsse werden zugunsten von Lobbyinteressen vernachlässigt. Die Kreisverkehrsgesellschaft verwaltet nur Landeszuschüsse, eine inhaltliche Verkehrsplanung findet nicht statt.

Es ist Zeit für Veränderung:

GRÜNE stehen für eine verkehrspolitische Wende. Wir wollen unsinnigen Verkehr vermeiden und damit auch die Umwelt schädigende Emissionen vermindern. Deshalb lehnen wir sowohl eine Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf als auch dem Verkehrslandeplatz Mönchengladbach entschieden ab.

Wir wollen die Attraktivität des Personennahverkehrs durch vielfältige Qualitätsverbesserungen steigern und im Güterverkehr erhebliche Anteile auf die Bahn und eine naturverträgliche Binnenschifffahrt verlagern.

Der Umweltverbund – zu Fuß, per Fahrrad, mit Bus und Bahn – muss durch sinnvolle Maßnahmen der Netzergänzung und Netzerweiterung gestärkt werden.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

► Uns weiterhin gegen den Verkehrslandeplatz Mönchengladbach und den Ausbau des Flughafens Düsseldorf einsetzen und auf eine Reduzierung der durch Flugbewegungen ausgelösten Lärmbelastigungen in Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen drängen.

► Durch gezielte Projektmaßnahmen den Alltagsradverkehr - Neuanlage beidseitiger Radwege, Lückenschlüsse und Verkehrssicherung - und den Fahrradtourismus (Nordkanal, Rheinschiene-Radwegbrücke Hafeneinfahrt Neuss, Strategischer Bahndamm) im Rhein-Kreis Neuss ausbauen.

► Durch ein regionales, aus EU-Mitteln finanziertes ökologisches Güterverkehrskonzept, Gewerbe- und Industriegebiete an den Schienen- und Schiffsverkehr verstärkt anbinden.

► Die Gründung einer kreisweiten Nahverkehrsgesellschaft auf den Weg bringen und die Qualität des schienengebundenen Verkehrs erhöhen.

► Die Stelle der bzw. des Mobilitätsbeauftragten zur Umsetzung der Leitvorstellung einer nachhaltigen Mobilität schaffen.

Demokratie leben und gestalten

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird nicht zuletzt auch im Rhein-Kreis Neuss zum Anlass für ausgrenzende und rechtsradikale Propaganda genutzt. Bereits seit längerer Zeit sind „freie Kameradschaften“, NPD und Pro NRW im Kreisgebiet aktiv.

Nur durch konsequentes Auftreten aller DemokratInnen kann ein Einzug von Rechtsradikalen in den Kreistag verhindert werden. Ein tolerantes Miteinander aller hier lebenden Menschen entsteht nicht von selbst, sondern muss gemeinsam erarbeitet und verteidigt werden.

Die GRÜNEN streiten auf allen politischen Ebenen für Transparenz und Teilhabe. Es geht uns um eine Politik für Menschen von Menschen. Deswegen wollen wir – nicht zuletzt auf kommunaler Ebene – Elemente direkter Demokratie stärken und den Menschen mehr Einblick in Entscheidungsprozesse geben und sie zur aktiven Mitgestaltung motivieren.

Wir sehen in regionalen Wirtschaftskreisläufen und kommunalen Ver- und Entsorgungsstrukturen Chancen für mehr Transparenz. Andererseits sind wir auch fest davon überzeugt, dass Entscheidungen hinter verschlossenen Türen – Hinterzimmer-Diplomatie und Rheinischer Klüngel - dem Anspruch einer demokratisch verfassten Gesellschaft widersprechen.

Es ist Zeit für Veränderung: Wir wollen die Emanzipation gegenüber einem immer noch entmündigenden Politik- und Verwaltungsverständnis im Rhein-Kreis Neuss stärken. Darin sehen wir ein Gegengewicht zur fortschreitenden Entfremdung der Gesellschaft von politischen Entscheidungsprozessen – auch infolge einer rein ökonomischen Globalisierung.

Rechtsradikalen Bestrebungen und Aktivitäten im Rhein-Kreis Neuss gilt es, endlich konsequent einen Riegel vorzuschieben.



In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Gemeinsam mit allen relevanten Trägern der Zivilgesellschaft eine Aufklärungskampagne in Schulen und Verbänden über Hintergründe und Ziele rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien im Rhein-Kreis Neuss initiieren.
- ▶ Neue Instrumente zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements wie die aufsuchende Arbeit von sogenannten Bürgeranwälten (Anwaltsplanung) und kreative Interaktion („planing for real“) in der kreisweiten Planung etablieren.
- ▶ Die Integration und Mitwirkung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorantreiben.

Kulturelle Vielfalt ermöglichen

GRÜNE Kulturpolitik möchte die Vielfalt der Kulturen und Künste im Rhein-Kreis Neuss bewahren, fördern und weiter ausbauen. Wir betonen die Autonomie des künstlerischen Schaffens, den Erhalt und die Bewahrung der kreativen Vielfalt im Rhein-Kreis Neuss.

Kultur und Kunst sind sowohl als Form der Auseinandersetzung von Menschen mit der eigenen Entwicklung eine grundlegende Voraussetzung, als auch für einen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt wichtig und stehen damit für eine lebendige Demokratie und Miteinander. Kulturelle und künstlerische Vielfalt wirkt identitätsstiftend, verbindend und kreativ anregend für das Leben.

Es ist Zeit für Veränderung: Wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss stehen für eine Öffnung der kulturellen Angebote bis in die Kreisgemeinden hinein, um alle Menschen zu erreichen und zu beteiligen. Im Rhein-Kreis Neuss leben Menschen aus ca. 180 Nationen und werden häufig zu „BotschafterInnen“ und MittlerInnen für ihre Kultur. Sie bilden Kulturvereine, organisieren Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, zeigen Filme, gründen Theatergruppen u.v.m.

Dieser Kultur wollen wir weiter Raum geben und sie stärken. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, seine eigene künstlerische Ausdrucksform zu entwickeln. Dazu gehört ein möglichst früher Zugang zu Musikinstrumenten, Umgang mit Farben und Formen, Theater und Tanz, Büchern und Film. Besonders wichtig sind uns künstlerische Angebote im Rahmen der Ganztagschule. Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Museumsentwicklung ein. Diese soll auch umsetzbare Konzepte für neue Vermittlungsstrategien (Museumpädagogik) hin zu stärker inszenierten Dauer-ausstellungen und zum Einsatz multimedialer Ansätze in den Kreis-Museen beinhalten.



In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Die Ausweitung des Projektes „Jedem Kind ein Instrument“ auf die Kreisjugendmusikschule, um Begabungen individuell zu fördern.
- ▶ Den freien Eintritt in die ständigen Sammlungen der Kreismuseen.
- ▶ Dass den KünstlerInnen im Rhein-Kreis Neuss günstige Atelier- und Proberäume zur Verfügung gestellt werden; das Kulturamt des Kreises soll die Koordinierung übernehmen.
- ▶ Den Ausbau und die Vertiefung des Angebots von Nischen für experimentelle, neue und progressive Kulturtrends.
- ▶ Den Ausbau des Kulturamtes als kompetente Anlaufstelle für Kulturschaffende und Kreative.

Nachhaltig haushalten

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN treten für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die sich an den Grundsätzen eines neuen sozialen und ökologischen Gesellschaftsvertrages – „Grüner New Deal“ - orientiert. Die hohe Verschuldung des Rhein-Kreises Neuss liegt zum einen an den übernommenen Aufgaben, die die Kommunen alleine nicht schultern können (Kreiskrankenhäuser, Berufsbildungszentren, Museen) und den Ausgaben im freiwilligen Bereich, die zum Teil einer verfehlten Klientelpolitik der LobbyvertreterInnen geschuldet sind. Diese Politik lehnen wir ab. Kreisverwaltung kann mehr als das Enthüllen von Denkmälern in Südamerika.

Aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung zieht der Kreis Aufgaben an sich, die nicht zu seinem Kernbereich gehören. Weitere undifferenzierte Ausgabenansätze, wie z.B. das Kreisentwicklungskonzept (KEK) sind nicht transparent und führen in der derzeitigen Wirtschaftslage zunehmend zu Unverständnis. Die Kernaufgaben des Kreises müssen stärker in den Blick genommen werden, ohne jedoch die soziale und ökologische Verantwortung aufzugeben.

Es ist Zeit für Veränderung: Neben einer leistungsfähigen Sozialinfrastruktur sehen wir auch im Kulturbereich sinnvolle Ausgaben. Auch dort darf es keine Kürzung der Mittel nach dem Rasenmäherprinzip geben. Als GRÜNE unterstützen wir weiterhin die Anstrengungen zum Erhalt der Stiftung Schloss und Park Dyck, damit diese auf Dauer schuldenfrei wirtschaften kann. Dieses Kleinod des Rhein-Kreises gilt es zu erhalten und zum Wohle der Menschen im Rhein-Kreis Neuss zu fördern.

Um das Haushaltsdefizit zu senken, fordern wir seit Jahren, dass sich der Kreis von seinen RWE-Aktien trennt. Aktienbesitz ist keine Kreis Aufgabe und eine Einflussnahme auf die Geschäftspolitik des Monopolisten ist nicht gegeben.

Die Gewinnausschüttungen der Kreiswerke und der Sparkasse sind weiter unverzichtbar, um die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Der stereotype Ruf nach dem Verkauf kommunaler Unternehmen gefährdet nicht nur die kommunale Steuerungsmöglichkeit in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge, sondern kommt die Kreise zumindest längerfristig auch teuer zu stehen.

In den nächsten fünf Jahren wollen wir:

- ▶ Einen nachhaltigen Schuldenabbau, der gleichzeitig Antworten auf die drängenden Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise gibt.
 - ▶ Eine Aufgabenkritik, deren Ergebnis sich an den Bedürfnissen und Wünschen der KreisbürgerInnen orientiert.
 - ▶ Gemeinsame Aufgabenerledigung innerhalb der Kreisgemeinschaft, auch mit Nachbarkreisen und kreisfreien Städten (Zusammenarbeit in der Region).
 - ▶ Uns kreisübergreifend weiterhin für ein Sparkassengesetz einsetzen, welches den Erhalt der Sparkassen sichert und die Verantwortung der Sparkassen gegenüber der Region gewährleistet.
-

Zeit für Veränderung
damit Gutes bewahrt
bleibt.



Unsere KandidatInnen für den Kreistag



Susanne Stephan-Gellrich



Ehrhard Demmer



Susanne Schöttgen



Martin Kresse



Angela Stein-Ulrich



Hans-Christian Markert

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

im RHEIN-KREIS NEUSS

Schulstraße 1 - 41460 Neuss

Tel. 02131 / 166647

Fax 02131 / 166683

www.gruene-rhein-kreis-neuss.de